

BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN

Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

Wir begrüßen die bundesweite Kampagne gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und schließen uns dem gemeinsamen Aufruf zur Demonstration am 15. September an. Der direkte Kriegseinsatz in Afghanistan ist allerdings nur die sichtbarste Beteiligung Deutschlands an westlichen Kriegen und Interventionen. Unser Protest richtet sich selbstverständlich gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr. Aber auch die von Deutschland ausgehende militärische, logistische und politische Unterstützung des Krieges gegen den Irak, der Kriegsdrohungen gegen Syrien und Iran, der Einmischung im Libanon und der israelischen Besatzung in Palästina muss beendet werden.

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und der sogenannten „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“ ISAF auf der Tagesordnung des Bundestags. Die „Operation Enduring Freedom“ ist die Fortsetzung des Überfalls auf Afghanistan durch eine US-geführte Allianz, der nur wenige Wochen nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001 begann.

Trotz des eindeutig völkerrechtswidrigen Charakters der Aggression und der folgenden Besatzung erteilte der UN-Sicherheitsrat nach Abschluss der Invasion ein Mandat für ISAF, die die vom Westen eingesetzte Regierung stabilisieren sollte. Parallel ging der Krieg gegen die Kräfte, die sich der Besatzung widersetzen, weiter. Bald übernahm die Nato die Führung beider Einsätze – die UNO war aus dem Spiel. Mittlerweile sind die Einsätze kaum noch zu unterscheiden. Deutschland entsandte zusätzliche Tornados zur Feindaufklärung und beteiligte sich somit an der weiteren militärischen Eskalation vor Ort, die in den letzten Monaten Hunderten von afghanischen Zivilisten das Leben kostete.

Von Demokratisierung und Wiederaufbau, die offiziell durch die militärische Besatzung abgesichert werden sollen, ist nichts zu sehen. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends. Die Macht in den meisten Provinzen haben die mit den US-Truppen einmarschierten Warlords, der Drogenhandel blüht. Die Bevölkerung lebt unter fürchterlichen sozialen Bedingungen, Willkür und Gewalt beherrschen den Alltag.

Die Nato-Truppen werden daran auch in Zukunft nichts ändern – im Gegenteil. Ihre Präsenz wird von der überwältigenden Mehrheit der afghanischen Bevölkerung als feindliche Besatzung abgelehnt. Zivile Hilfsorganisationen, wie „Caritas“ und „Rotes Kreuz“, haben zudem immer wieder betont, dass die westlichen Truppen sie viel mehr gefährden als schützen.

Unabhängig von den zu erwartenden Problemen: der zivile Wiederaufbau kann erst dann ernsthaft beginnen, wenn der Krieg beendet ist. Nötig werden hierfür umfangreiche Verhandlungen sein – unter Einbeziehung aller afghanischen Parteien, einschließlich der Taliban, aber ohne Einmischung des Westens. Die ausländische Truppen müssen zügig und vollständig abgezogen werden. Es müssen Mittel frei gemacht werden, um umfassende westliche Wiedergutmachung und Aufbauhilfe zu leisten. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Demokratisierung war sowenig der Grund des Krieges, wie der Kampf gegen den Terror. Die Intervention westlicher Staaten in das geschundene Land begann auch nicht erst im Herbst 2001, sondern schon gut 25 Jahre zuvor. Ziel des US-geführten völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ ist vielmehr die Ausweitung der Einfluss-Sphären der USA und ihrer Ver-

bündeten im geostrategisch bedeutsamen und ölreichen Nahen und Mittleren Osten. Der Krieg in Afghanistan steht daher in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Irak, den Kriegsdrohungen gegen den Iran und der amerikanischen und europäischen Unterstützung der aggressiven Politik Israels gegen die Palästinenser und des Krieges gegen Libanon.

Für die Nato dient der Krieg in Afghanistan zudem der praktischen Erprobung ihrer Umstrukturierung – hin zu einem Bündnis, das weltweit schnell und effektiv militärisch intervenieren kann. In dieser Hinsicht ist er die unmittelbare Fortsetzung des Krieges gegen Jugoslawien und die Besetzung des Kosovo. Ein Ausscheren wichtiger Nato-Mitglieder aus dem Afghanistan-Einsatz würde daher den Zusammenhalt des Bündnisses gefährden. Dadurch rücken praktische Erwägungen bei den beteiligten Regierungen, inwiefern der Einsatz noch erfolgversprechend ist, in den Hintergrund.

Wir fordern ein Ende dieser von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik und einen Ausstieg Deutschlands aus der Nato. Voraussetzung für Frieden im Nahen und Mittleren Osten ist ein Ende der Besetzung in Afghanistan und Irak sowie der aggressiven Politik gegen Syrien und Iran. Eine weitere Voraussetzung ist der vollständige Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten und eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage. Die Beendigung der Bundeswehreinätze wäre ein erster Schritt und ein deutliches Signal an die US-Regierung, ihre Truppen ebenfalls aus Afghanistan – wie auch Irak – zurückzuziehen.

Wir fordern zusammen mit zahlreichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen den Deutschen Bundestag auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

Wir fordern insbesondere:

- den Abzug aller NATO-Truppen aus Afghanistan
- die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- die sofortige Beendigung von Krieg und Besetzung im Irak
- die Einstellung jeglicher deutscher Unterstützung des Irakkriegs
- Schluss mit den Kriegsdrohungen gegen Iran und Syrien!

Erstunterzeichner (Organisationen):

Dachverband Arabischer Vereine e.V.
Irakkoordination Deutschland
Deutscher Freidenker-Verband
Vereinigung für Internationale Solidarität e.V.
Initiativ e.V.
Antiimperialistische Koordination
DKP Berlin
Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.
DKP Hoyerswerda
Kuratorium "Gedenkstätte Ernst Thälmann" e.V., Hamburg
Friedenskreis Deutschland e.V. i.G.
Internationales Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milosevic (ICDSM) - Deutsche Sektion
DKP Prenzlau/Templin
Nürnberger Gruppe von Solidarität International

Erstunterzeichner (Einzelpersonen):

Sahra Wagenknecht, MdEP
Günter Schenk, Aktionsbündnis für einen gerechten Frieden in Palästina
Cornelia Hirsch, MdB
Josie Michel-Brüning, Dipl. Päd. und Dirk Brüning, Dipl. Ing. (Komitee zur Befreiung der Fünf Kubaner beim Netzwerk Cuba e.V.)
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE
Victor Grossman, Autor, Berlin
Arnold Bruns, Verleger, Bonn
Heinz-W. Hammer, Dipl. Soz. Päd., Essen (Vorsitzender Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen)
Peter Kleinert, Dokumentarfilmer und Redakteur (NRhZ-Online - Neue Rheinische Zeitung)
Uwe Scheer (Vorsitzender "Gedenkstätte Ernst Thälmann")
Rolf Weinhold (DKP Hoyerswerda)
Hans-Ulrich Bierhahn, IT-Sicherheitsberater, Stelle
Michael Weißer, Kälteanlagenbauer (DKP Bonn)
Dr. Martin Dressel und Brigitte Dressel
Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg